ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Perspektiven 2008/2009: deutsche Wirtschaft im Abschwung

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2008) : Perspektiven 2008/2009: deutsche Wirtschaft im Abschwung, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 15, Iss. 6, pp. 21-25

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169865

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Perspektiven 2008/2009: Deutsche Wirtschaft im Abschwung[1]

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaft verliert merklich an Schwung

Im Herbst 2008 befindet sich die Weltwirtschaft im Abschwung. Zu den Abwärtstendenzen haben verschiedene Faktoren beigetragen: der weltweite rohstoffpreisbedingte Inflationsschub, das Auftreten von Korrekturen an den Immobilienmärkten einer zunehmenden Anzahl von Ländern sowie die weltweite Finanzmarktkrise. Deren dramatische Zuspitzung in jüngster Zeit trübt den konjunkturellen Ausblick zusätzlich ein.

In einer Reihe von Industrieländern droht die Wirtschaft in eine Rezession abzugleiten. In den USA deuten viele Indikatoren auf eine sehr schwache konjunkturelle Grundtendenz hin; in Westeuropa sind die Frühindikatoren in den vergangenen Monaten drastisch gefallen, und die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte nicht mehr; in Japan brach die Nachfrage ein. Einzig in den Schwellenländern wurde die Produktion bis zuletzt noch recht kräftig ausgeweitet, wiewohl das Tempo der Expansion auch dort insgesamt nachgelassen hat.

Die Weltkonjunktur wird noch weiter an Fahrt verlieren, denn die Belastungen insbesondere vonseiten der Finanz- und der Immobilienmärkte sind gegenwärtig beträchtlich. In einigen Ländern, insbesondere dort, wo der Finanz- oder der Bausektor eine große Bedeutung hat, droht eine Rezession. Aber auch in jenen Ländern, in denen die Expansion wesentlich vom Export getragen war, fällt der Abschwung deutlich aus.

Wenn es, wie in dieser Prognose unterstellt, in den nächsten Monaten gelingt, den Bankensektor zu stabilisieren, dürfte sich ab Mitte 2009 die Weltkonjunktur allmählich erholen. Nach und nach können dann einige begünstigende Faktoren zum Tragen kommen. So wird die Inflation in den kommenden Monaten durch die jüngste Preiskorrektur an den internationalen Rohstoffmärkten weltweit gemildert. Da vor allem Preisrückgänge bei Energierohstoffen unmittelbar entlastend wirken, wird die Kaufkraft der Haushalte gestärkt. Begünstigend wirkt auch die vielfach relativ robuste Verfassung der Bilanzen von Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Die Weltwirtschaft wird zudem durch die weiterhin kräftige Nachfrage aus den Schwellenländern gestützt, deren Gewicht in den vergangenen Jahren weiter stark zugenommen hat. Zwar geht auch dort der Produktionsanstieg zurück, doch bleibt der Nachfragezuwachs wohl alles in allem beachtlich.

Der größte Unsicherheitsfaktor der Prognose besteht im Ausmaß und der Dauer der Krise an den internationalen Finanzmärkten. Moderne Ökonomien sind darauf angewiesen, dass Ersparnisse über die Finanzmärkte möglichst effizient einer realwirtschaftlichen Verwendung zugeführt werden. Die Finanzmärkte werden diese Rolle nur dann in ausreichendem Maß erfüllen können, wenn es, wie in der Prognose der Institute unterstellt, in den kommenden Monaten zu einer allmählichen Stabilisierung des Bankensektors kommt. Andernfalls wäre mit einem Einbruch der Investitionstätigkeit in der Realwirtschaft zu rechnen, und die zugespitzte Lage in den Bankensystemen der USA und Europas würde über den internationalen Konjunkturverbund auch andere Volkswirtschaften mit bislang stabilen Finanzsystemen in Mitleidenschaft ziehen.

Erfahrungen aus früheren Krisen belegen, dass die Aufnahme von Eigenkapital an den Märkten üblicherweise behindert und daher entschlossenes Eingreifen des Staates gefordert ist. Dabei muss im Vordergrund stehen, das gesamte Bankensystem rasch zu rekapitalisieren. Allerdings sollte eine solche staatlich initiierte Rekapitalisierung so gestaltet werden, dass die Fehlanreize und die Ineffizienzen, die damit verbunden sind, möglichst gering sind. Zur Abwehr der Gefahren, die von den jüngsten Entwicklungen an den Finanzmärkten ausgehen, sollte der Staat dem Bankensektor über den Beteiligungserwerb Kapital bereitstellen. Hierbei wäre es von Vorteil, wenn mit der Ausgabe von Anteilen an den Staat eine Emission neuer Anteile am Kapitalmarkt kombiniert wird.

Deutsche Wirtschaft: Am Rand der Rezession

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Herbst des Jahres 2008 am Rande einer Rezession. Zahlreiche negative Schocks aus dem Ausland hatten bereits eine Eintrübung des Konjunkturklimas bewirkt, und mit der Zuspitzung der Lage an den Finanzmärkten haben sich die Aussichten deutlich verschlechtert. Deutschland ist von der internationalen Konjunkturschwäche in besonderem

* *Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.*

Maße betroffen, weil vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern zurückgeht, die im deutschen Exportsortiment eine überragende Rolle spielen. Auch traf die weltweite Abkühlung der Konjunktur auf eine deutsche Wirtschaft, die an preislicher Wettbewerbsfähigkeit fast zwei Jahre lang aufgrund der Aufwertung des Euro eingebüßt hatte. Schließlich hatte der massive Anstieg der Weltmarktpreise für Energieträger, Rohstoffe und Nahrungsmittel die Terms of Trade verschlechtert, und dies traf in erster Linie die Konsumenten. Die Teuerung beschleunigte sich spürbar, und damit gingen die Realeinkommen zurück, obwohl die Nominaleinkommen recht deutlich stiegen; die privaten Konsumausgaben sanken real.

Die vorlaufenden konjunkturellen Indikatoren lassen für die kommenden Monate einen Produktionsrückgang erwarten. Vor allem aber haben sich die Erwartungen der Unternehmen in nahezu allen Sektoren der Wirtschaft in einem Maße verschlechtert, wie das in der Vergangenheit nur in Rezessionen zu beobachten war. Nach Einschätzung der Institute geht das Bruttoinlandsprodukt in der zweiten Jahreshälfte voraussichtlich mit einer laufenden Jahresrate von 0,7 % zurück. Für das Jahr 2008 insgesamt ergibt sich dennoch eine Zunahme um 1,8 % (vgl. Tab. 1).

Um der gestiegenen Unsicherheit für das kommende Jahr Rechnung zu tragen, haben die Institute neben einer keineswegs optimistischen Basisprognose auch ein Risikoszenario durchgerechnet. In ihrem Basisszenario prognostizieren sie, dass sich die gesamtwirtschaftliche Produktion nach dem Jahreswechsel allmählich belebt. Dafür spricht die im Vergleich zu früheren Abschwüngen deutlich günstigere Ausgangslage der Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Sie haben ihre Bilanzen in den vergangenen Jahren konsolidiert und an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen, auch aufgrund der Reformen am Arbeitsmarkt. Auch spricht die bislang robuste Beschäftigungslage gegen einen Einbruch bei den verfügbaren Einkommen. Schließlich dürfte die Struktur des Finanzsektors in Deutschland mit der relativ hohen Bedeutung des traditionellen Bankgeschäfts dafür sorgen, dass die internationale Bankenkrise weniger stark auf die Konjunktur durchschlägt als in anderen Ländern.

Stützend wirken im Prognosezeitraum die privaten Konsumausgaben. Die verfügbaren Einkommen werden selbst bei der schlechter werdenden Lage am Arbeitsmarkt noch recht kräftig expandieren, da die Beschäftigung nur wenig sinkt, die Löhne teilweise spürbar angehoben werden und die Transfereinkommen stärker steigen, insbesondere weil die Renten der Lohnentwicklung mit Verzögerung folgen. Da sich zugleich die Teuerung zurückbildet, dürften die Realeinkommen, wenn auch nur leicht, zunehmen. Die Investitionstätigkeit bleibt hingegen zunächst gedrückt, da die Kapazitätsauslastung fällt, die Finanzierungskosten steigen und vor allem die Absatz- und Ertragserwartungen ungünstig sind. Die Unternehmen werden ihre Investitionsbudgets erst im Verlauf von 2009 leicht aufstocken. Dabei spielt eine Rolle, dass die Geldpolitik gelockert wurde. Mit der von den Instituten erwarteten allmählichen Stabilisierung der Weltwirtschaft in der zweite Hälfte des kommenden Jahres ziehen dann auch die Exporte an, zumal sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit insbesondere aufgrund der jüngsten Abwertung des Euro wieder etwas verbessert hat. Alles in allem beinhaltet dieses Basisszenario für das Jahr 2009 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um lediglich 0,2 % (vgl. Abb. 1).

Die rückläufige Kapazitätsauslastung dürfte in den kommenden Monaten zunehmend auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Die Erwerbstätigkeit wird bis zur Jahreswende leicht steigen und erst im Jahresverlauf 2009 zurückgehen, am Jahresende werden rund 350.000 Menschen weniger beschäftigt sein als zu Jahresbeginn. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen erhöht sich nicht ganz spiegelbildlich dazu, da das Erwerbspersonenpotenzial aus demographischen Gründen leicht sinkt und ein Teil derer, die den Arbeitsplatz verlieren, wahrscheinlich in die Stille Reserve abwandert.

Im *Risikoszenario* würde sich die Konjunktur im kommenden Jahr stärker und länger abschwächen, als im Basisszenario prognostiziert. Hier ist unterstellt, dass die Weltwirtschaft in eine Rezession gerät, die Finanzierungskosten sich infolge der Finanzmarktkrise deutlich erhöhen und die Verunsicherung der privaten Haushalte dazu führt, dass sie sich mit ihren Konsumausgaben zurückhalten. In diesem Fall geriete Deutschland in eine ausgeprägte Rezession wie beispielsweise nach den Ölpreisschocks in den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre. Das Bruttoinlandsprodukt würde um 0,8 % im Jahresdurchschnitt sinken. Besonders stark würden die Investitionen in Ausrüstungen fallen, was ähnlich auch in früheren Rezessionen zu beobachten war. Die Lage am Arbeitsmarkt würde sich deutlich verschlechtern. Die Arbeitslosenquote dürfte dann im Jahr 2009 auf 8,3 % steigen, und es gingen rund 500.000 Arbeitsplätze gegenüber 2008 verloren. Die Institute halten ein solches Szenario aber für weniger wahrscheinlich als ihre Basisprognose.

Exkurs: Ostdeutschland

In Ostdeutschland blieb der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im ersten Halbjahr erneut hinter dem im früheren Bundesgebiet zurück. Zwar entwickelte sich der Unternehmenssektor in etwa im Gleichschritt mit dem in

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland

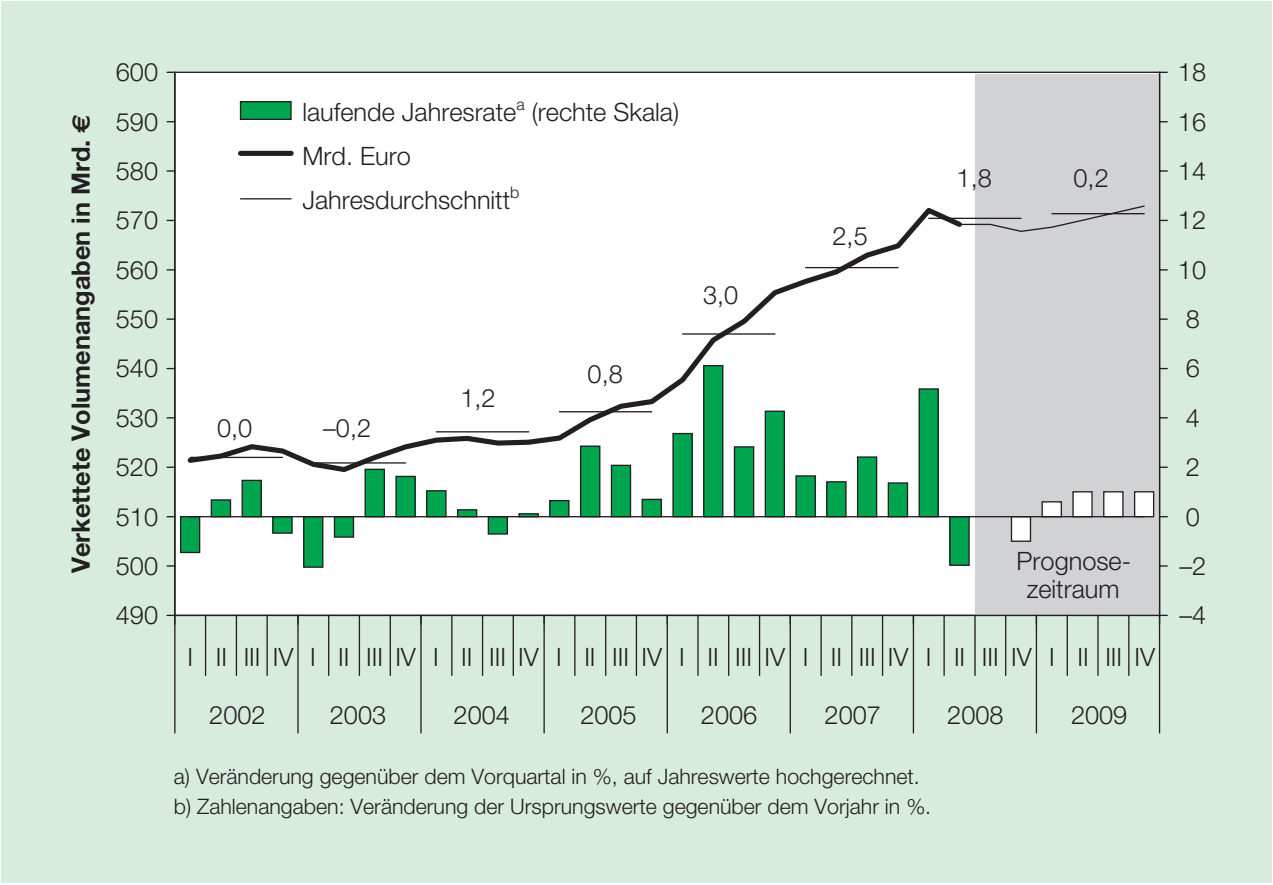
	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Reales Bruttoinlandsprodukt						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,2	0,8	3,0	2,5	1,8	0,2
Westdeutschland[a]	1,0	0,9	3,0	2,5	1,8	0,2
Ostdeutschland[b]	1,3	0,2	2,2	2,2	1,3	0,0
Erwerbstätige[c] (in 1.000 Personen)	38.880	38.851	39.097	39.768	40.303	40.223
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	4.381	4.861	4.487	3.776	3.263	3.263
Arbeitslosenquote[d] (in %)	10,1	11,1	10,3	8,7	7,5	7,5
Verbraucherpreise[e]						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,7	1,6	1,6	2,3	2,8	2,3
Lohnstückkosten[f]						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	–0,4	–0,9	–1,3	0,4	1,6	2,3
Finanzierungssaldo des Staates[g]						
in Mrd. €	–83,5	–74,3	–35,9	3,1	3,8	0,4
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	–3,8	–3,3	–1,5	0,1	0,2	0,0
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. €)	102,9	116,6	141,5	184,0	188,4	190,2

a) Einschließlich Berlin. – b) Ohne Berlin. – c) Im Inland. – d) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – e) Verbraucherpreisindex (2005=100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Deutsche Bundesbank; 2008 und 2009: Prognose der Institute.

Westdeutschland, die notwendige Rückführung des Staatssektors dämpfte jedoch erneut den gesamtwirtschaftlichen Produktionszuwachs. Die Industrieproduktion expandierte zum wiederholten Male kräftiger als in den alten Ländern. Demgegenüber stand jedoch ein weiterer Rückgang der Produktion im Baugewerbe. Im Handel und bei den personennahen Dienstleistern nahm die Wertschöpfung aufgrund der demographisch bedingt sinkenden Zahl an Konsumenten ab. Dieses Entwicklungsmuster setzt sich im Prognosezeitraum fort. Zwar leidet auch die ostdeutsche Wirtschaft unter der Finanzmarktkrise und ihren Folgen für die Realwirtschaft. Diese sind aber relativ gering wegen ihrer schwächeren Abhängigkeit von der internationalen Konjunktur und wegen der stärkeren Ausrichtung der Exporte auf Länder in Mittel- und Osteuropa, die weniger von der Finanzmarktkrise betroffen sind. Zudem stiegen die Lohnstückkosten im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe schwächer als im westdeutschen. Dennoch wird das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland in diesem Jahr nur um 1,3 % zunehmen. Im kommenden Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Produktion stagnieren.

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahreswerte hochgerechnet.
b) Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2008: Prognose der Institute.

Zur Wirtschaftspolitik

Die Politik ist derzeit zu Recht darauf konzentriert, die Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems abzuwenden. Die Aufgabe ist extrem schwierig: Einerseits muss verhindert werden, dass es zu einer systemischen Krise kommt. Hierbei darf sich die Politik nicht auf die Rettung schwacher Banken konzentrieren, sondern sollte eine umfassende Lösung anstreben. Andererseits sollte sie darauf achten, dass die Belastungen für die Steuerzahler nicht zu groß werden. Zu einem Gesamtkonzept würde daher auch gehören, dass der Staat an den Gewinnen partizipiert, die aus der Überwindung der Krise entstehen. In der aktuellen Situation ist es hilfreich, dass sich die Finanzlage des Staates in den vergangenen Jahren erheblich verbessert hat. Daher ist es möglich und sinnvoll, die automatischen Stabilisatoren in der Finanzpolitik wirken zu lassen. Insofern ist Deutschland finanzpolitisch in einer komfortableren Position als andere große Länder in der EU, die ebenfalls am Rande einer Rezession stehen.

Im Zuge der Konjunkturschwäche wird sich die Lage der öffentlichen Haushalte, die bislang annähernd ausgeglichen sind, verschlechtern. Dies ist für sich genommen kein Anlass, Maßnahmen zur Vermeidung eines Defizits zu ergreifen, denn entscheidend für die Beurteilung der Finanzlage ist der strukturelle (konjunkturbereinigte) Budgetsaldo. Auch sollte man Belastungen als Folge der Bankenkrise nicht zum Anlass nehmen, einen restriktiven finanzpolitischen Kurs einzuschlagen, weil es sich um Einmaleffekte handelt. Die Frage ist, ob die Finanzpolitik Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur ergreifen sollte.

Die Institute halten Konjunkturprogramme im herkömmlichen Sinne für wenig Erfolg versprechend. Es ist aber denkbar, dass der Staat solche Maßnahmen rasch umsetzt, die zur Stärkung der Wachstumskräfte auf mittlere Sicht sinnvoll oder aufgrund der Gesetzeslage ohnehin unausweichlich sind. Zwar sind die konjunkturellen Wirkungen einer solchen Politik begrenzt, jedoch sind die langfristigen Effekte positiv einzuschätzen.

Die Politik könnte sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite ansetzen. So bietet sich eine Reduktion der Einkommensteuerbelastung an, auch eine Senkung der Sozialabgaben ist rasch umsetzbar

und beschäftigungspolitisch sinnvoll. Auf der Ausgabenseite kann erwogen werden, ohnehin geplante, das Wachstum fördernde Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zeitlich vorzuziehen. Das alles bedeutet nicht, dass der Konsolidierungskurs grundsätzlich verlassen werden darf. Daher sollte gleichzeitig mit den Abgabensenkungen und den zusätzlichen Ausgaben verbindlich festgelegt werden, wie die nachträgliche Finanzierung der Maßnahmen erfolgt, damit es nicht zu einer dauerhaft höheren Staatsverschuldung kommt. So sollte beschlossen werden, ab dem Jahr 2010 Subventionen stärker abzubauen als absehbar oder den Anstieg konsumtiver Ausgaben eng zu begrenzen. Damit würde sichergestellt, dass es mittelfristig bei dem Konsolidierungskurs bleibt.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat mit einer Änderung ihrer Liquiditätspolitik auf die Finanzmarktkrise reagiert und nach der jüngsten Zuspitzung der Krise die Zinsen gesenkt; dies wird den konjunkturellen Abschwung begrenzen. Im Prognosezeitraum ist mit weiteren Zinssenkungen zu rechnen. Allerdings muss die Notenbank dabei sicherstellen, dass die mittelfristigen Inflationserwartungen nach den Preisschüben im vergangenen Jahr am impliziten Inflationsziel der EZB verankert sind.

[1] *Gekürzte Fassung der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2008, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 20/2008, S. 3 ff.*